

Ein Jahr der Konsolidierung: Vorhaben der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag für 2012

Die CDU-Fraktion hat 2011 in vielen Bereichen Weichen für die Zukunft Thüringens gestellt. Mit einem **Landeshaushalt ohne neue Schulden** für das laufende Jahr, zahlreichen neu entstandenen **Landgemeinden** und dem Beginn der Erarbeitung einer Funktional und Verwaltungsreform sind wir unserem entscheidenden Ziel nähergekommen: Ein Freistaat Thüringen, der bei zurückgehender Einwohnerzahl und Einnahmen 2020 auf eigenen Füßen steht und seine Eigenständigkeit dauerhaft gesichert hat. Deshalb war 2011 ein Jahr der CDU.

Daran werden wir 2012 anknüpfen und in einem **Jahr der Konsolidierung** den eingeschlagenen Kurs verstetigen und vertiefen. Die CDU-Fraktion wird das Ihre dazu beitragen, dass die wieder erreichte disziplinierte Finanz- und Haushaltspolitik unumkehrbar wird und Land und Kommunen auch tatsächlich mit weniger Einnahmen auskommen können. Ansatzpunkte dafür gibt es beim Landespersonal, bei der kritischen Prüfung aller Standards und Aufgaben und der Vermeidung höherer und einer erleichterten kommunalen Zusammenarbeit.

Der Weg setzt voraus, dass die **Kommunalfinanzen** auf eine dauerhaft faire und nachvollziehbare Basis gestellt werden. Das ist die Grundvoraussetzung für einen lebensfähigen und attraktiven ländlichen Raum, in dem Dörfer und Städte sich so entwickeln können, dass Bürgerinnen und Bürger gerne dort leben, Arbeit und Auskommen finden und das öffentliche Leben mit gestalten. Wir bekennen uns zu einem attraktiven **ländlichen Raum**. Hierzu tragen ebenso die Landesentwicklung und eine an den demographischen Gegebenheiten ausgerichtete Dorferneuerung bei.

Dieser Weg setzt genauso voraus, dass der **Landtag** sich selbst nicht ausklammert. Deshalb hält die CDU-Fraktion an der Grundsatzentscheidung des CDU-Landesvorstands vom 6. Oktober 2007 fest, auch den Landtag zu verkleinern, wenn zukünftig mit einer Verwaltungs- und Funktionalreform und einem Personalstrukturkonzept Personalstellen abgebaut werden.

Konsolidierung ist kein Selbstzweck. Sie soll **Spielräume zur politischen Gestaltung** erhalten und sichern. **Bildung**, Schulen und Hochschulen legen heute das Fundament für Leistungsfähigkeit und Wohlstand von morgen. Deshalb werden wir 2012 weiter für eine sachgerechte Bildungs- und Wissenschaftspolitik streiten und uns in Partnerschaft mit Kammern und Verbänden für verlässliche Rahmenbedingungen für unsere mittelständische **Wirtschaft** einsetzen. Die Tarifparteien werden wir weiter in die Verantwortung nehmen, Lohnunterschiede zwischen Ost und West endgültig zu überwinden.

Zugleich wissen wir, dass Gestaltungsmöglichkeiten mehr denn je von den **europäischen Rahmenbedingungen** abhängen, die einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bilden.

Vorhaben 2012 – AK Soziales, Familie und Gesundheit

1. **Pflegeberufe** sind Arbeitsplätze mit Zukunft. Allein bis 2015 müssen im Freistaat 22.300 Fachkräfte gewonnen werden. Wir werden deshalb das bereits 2011 initiierte Fachgespräch „Pflege“ fortsetzen und weiter nach Möglichkeiten suchen, ausreichend Kräfte für die anspruchsvollen Pflegeberufe zu gewinnen. Dazu müssen wir Ansehen und Attraktivität dieser Berufe steigern. Wir werden uns deshalb auch für die Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten durch freie Träger einsetzen. Verstärkte Unterstützung muss außerdem den pflegenden Angehörigen gelten. Mit dem **Pflegezeitgesetz** des Bundes ist ein erster Schritt in die richtige Richtung gelungen. Die CDU-Fraktion als Arbeitgeber wird sich deshalb freiwillig selbstverpflichten, seinen Angestellten die Möglichkeit der gesetzlich vorgesehenen Pflegezeit zu eröffnen. Danach können Mitarbeiter ihre Arbeitszeit zwei Jahre bis zu 15 Wochenstunden reduzieren, wenn sie Angehörige pflegen. Das Gehalt sinkt nicht im gleichen Umfang. Nach Ende der Pflegephase wird für das geringere Gehalt voll gearbeitet, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist.
2. Die **UN-Behindertenrechtskonvention** ist nach wie vor ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte behinderter Menschen weltweit. Sie würdigt Behinderung als Teil der Vielfalt menschlichen Lebens und soll das nicht mehr zeitgemäße Prinzip der Fürsorge ablösen. Thüringen hat hierzu einen Maßnahmenplan zur Umsetzung des Übereinkommens vorgelegt. Wir werden den Umsetzungsprozess vorantreiben und mitgestalten. Besonders werden wir uns der **Zukunft der Behindertenwerkstätten** widmen. Ziel ist die Optimierung der Strukturen, die Förderung der Qualität und der Effektivität. Wir müssen dafür sorgen, dass der Ausstieg aus der Behindertenwerkstatt gelingt und die Wiedereingliederungsquote Behinderter auf den 1. Arbeitsmarkt verbessert wird.
3. Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist wichtiger denn je und für alle Berufsgruppen und jedes Alter relevant, auch für Männer. Es geht nicht nur um die Zeit für Kindererziehung, sondern auch um die Pflege von Angehörigen. Eine familienfreundliche Arbeitswelt kann die Politik in der Regel nicht allein schaffen, denn in erster Linie sind die Verantwortlichen vor Ort gefragt. Wir können aber zu mehr Familienbewusstsein anregen. Wir wollen uns deshalb gemeinsam mit den relevanten Akteuren für familienfreundlichere Arbeitszeiten einsetzen. In diesem Zusammenhang erwarten wir von der Landesregierung eine zeitnahe Regelung der Ausnahmetatbestände in der Verordnung zum Ladenöffnungsgesetz.
4. Die CDU-Fraktion wird in jeder ihr möglichen Weise ihren Einfluss nutzen, um die Einführung eines **Betreuungsgeldes des Bundes** zu fördern. Es ergänzt die auf Wahlfreiheit und Anerkennung elterlicher Erziehungsleistung ausgerichtete Familienpolitik der CDU.
5. Nach Vorlage des Seniorenpolitischen Konzeptes der Landesregierung und der bevorstehenden Einbringung des **Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetzes** werden wir uns dafür einsetzen, dass die Rolle der Seniorinnen und Senioren in Thüringern weiter gestärkt wird. Wir werden das **Europäische Jahr des aktiven Alterns** zum Anlass nehmen, auf ein nachhaltig gewandeltes Verständnis des aktiven Alterns

hinzuwirken und den Zusammenhalt der Generationen in der Gesellschaft zu unterstützen, um damit sozialer Ausgrenzung und Vereinsamung entgegenzuwirken.

6. Prävention und Gesundheitsförderung ist nicht nur Aufgabe des Gesundheitssystems, sondern auch staatliche Aufgabe. Die Menschen, die hohe gesundheitliche Risiken haben, werden oft nicht in ausreichendem Maße erreicht. Ziel muss es daher sein, ein Präventionssystem zu schaffen, das alle Altersgruppen gleichermaßen erreicht. Im Zeitalter von Burn-out sollte der psychischen Gesundheit besondere Aufmerksamkeit zuteilwerden. Analog der auf Bundesebene geplanten nationalen Präventionsstrategie sollte im Rahmen des Thüringer Gesundheitszieleprozesses eine **Thüringer Präventionsstrategie** verankert werden.
7. Die demografische Entwicklung stellt die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Thüringen vor große Herausforderungen. Mit der Novelle des **Thüringer Krankenhausgesetzes** soll die Thüringer Krankenhauslandschaft weiterentwickelt werden. Besonders liegt uns die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum am Herzen. Mit einem sog. „**Landarztprogramm**“ sollen die bereits 2011 mit dem Runden Tisch „Ärztliche Versorgung in Thüringen“ gelegten Grundlagen und erarbeiteten Maßnahmen umgesetzt werden.

Vorhaben 2012 – AK Justiz

1. Wir wollen uns mit der **Personalentwicklung** in der Thüringer Justiz befassen und dabei insbesondere die Juristenausbildung und die Einstellungsproblematik, die Altersstruktur in der Richterschaft, die Arbeit der Vollzugsbediensteten sowie die Vergütungsproblematik bei den Justizwachtmeistern in den Blick nehmen.
2. Mit einer Novelle des **Thüringer Richtergesetzes** sollen die Beteiligungsrechte der Richterinnen und Richter gestärkt und die Mitwirkungsmöglichkeiten der richterlichen Gremien erhöht werden. Wir werden die Arbeit an der Novelle kritisch begleiten und dafür sorgen, dass eine zeitgemäße Überarbeitung, jedoch keine Überregulierung erfolgt. Wir werden uns insbesondere für eine Angleichung der Richterarbeitszeiten an das Renteneintrittsalter nach SGB VI einsetzen.
3. Wir setzen uns weiterhin für die **Entlastung der Sozialgerichte** ein. Dazu werden wir uns für die klarstellende Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen sowie für die Übertragung von Aufgaben aus der Sozialgerichtsbarkeit auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit einsetzen.

Vorhaben 2012 – AK Europa, Bundesangelegenheiten, Medien

1. Die CDU-Fraktion wird sich aktiv an den Diskussion über die Zukunft der deutschen Länder und Deutschlands in der Europäischen Union beteiligen. Wir unterstützen die Bundesregierung bei ihrem Einsatz für eine dauerhafte **Stabilitätsunion**, bestehen auf umfassenden parlamentarischen Vorbehalten bei haushaltsrelevanten europapolitischen Entscheidungen und lehnen eine Entwicklung hin zu Vereinigten

Staaten von Europa ab. Bei Gefahr der Überschreitung der Grenzen nationaler Souveränität fordern wir einen Volksentscheid des deutschen Staatsvolks.

2. Die Umsetzung der **Europapolitischen Strategie der Landesregierung** werden wir auch 2012 weiterverfolgen und deren Schwerpunkte in unsere Arbeit aufnehmen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Kohäsionspolitik nach 2013 liegen.
3. Auch im Jahr 2012 werden wir die Zukunft der **Kohäsionspolitik nach 2013** mit Blick auf Thüringen im Auge behalten. Da Thüringen die Schwelle von 75% des BIP pro Einwohner gemessen am EU-Durchschnitt überschritten hat, ist es wichtig, eine spezielle Regelungen für eine Übergangsförderung zu finden, damit die erreichten Erfolge durch das abrupte Wegbrechen der Höchstförderung nicht wieder in Frage gestellt werden. Die Diskussion über die Entwürfe der neuen Strukturfondsverordnungen und ihre Auswirkungen auf die Operationellen Programme werden wir im Interesse größtmöglicher regionaler Handlungsspielräume aktiv begleiten.
4. 2012 jährt sich die **partnerschaftliche Beziehung Thüringens** zu Kleinpolen zum fünfzehnten Mal. Aus diesem Anlass und in Vorbereitung der von beiden Seiten geplanten Jubiläumsfeierlichkeiten zum Bestehen der Wojewodschaft Malopolska im Jahr 2014 wollen wir u. a. eine Reise des Europaausschusses nach Krakau initiieren.
5. Wir wollen die Zusammenarbeit und Partnerschaften europäischer Regionen ausbauen und eingebettet in die Partnerschaft Thüringens mit Malopolska/Kleinpolen die **Kontakte zwischen Tirol und Thüringen** entwickeln. Dazu wollen wir vielfältige Aktivitäten auf zivilgesellschaftlicher Ebene zwischen Kommunen, Vereinen und Verbänden entwickeln und bis Ende 2013 Bilanz über das Erreichte ziehen sowie das weitere Vorgehen beraten.
6. Thüringen ist ein weltoffenes gastfreundliches Land. Wir setzen uns für eine weitere **Internationalisierung Thüringens** ein. Dazu sollen die internationalen Kontakte und Austauschmaßnahmen auf allen Ebenen besonders gefördert und in der Welt verstärkt für Thüringen geworben werden.
7. Mit dem Außenministertreffen im Rahmen des **Weimarer Dreiecks** wurde vor über 20 Jahren von Thüringen aus die Brücke zwischen Ost und West geschlagen. Wir wollen diesen Ansatz im Rahmen des Weimarer Dreiecks durch konkrete Aktionen der Zivilgesellschaft im ganzen Freistaat weiter verfolgen.
8. Der **Ausschuss der Regionen (AdR)** bietet die Möglichkeit, Thüringer Interessen im Zusammenwirken mit anderen europäischen Regionen zu vertreten. Wir werden die Arbeit des AdR daher aktiver mitgestalten.
9. Wir werden die beiden **EU-Ratspräsidentschaften** Dänemarks und Zyperns im Angesicht der Euro-Krise konstruktiv verfolgen und begleiten.
10. Die Politik der Europäischen Union beeinflusst unser Alltagsleben unmittelbar. Etwa drei Viertel der nationalen Gesetzgebung wird durch politische Entscheidungen in Brüssel bestimmt. So plant die Europäische Kommission eine Neuregelung im Bereich der Daseinsvorsorge sowie einen neuen Rechtsrahmen für die öffentlich-

öffentliche Zusammenarbeit sowie für Dienstleistungskonzessionen. Wir möchten die Kommunen sensibilisieren und auf die Auswirkungen von EU-Beihilfen, EU-Dienstleistungs- und EU-Vergaberecht auf die **Kommunale Daseinsvorsorge** aufmerksam machen.

11. In den vergangenen Jahren hat sich der Freistaat zu einem insbesondere im **Kindermedienbereich** beachteten Standort entwickelt. Diese Position gilt es, zu konsolidieren, zu stärken und inhaltlich sowie strukturell auszubauen. Insgesamt muss es unser strategisches Ziel sein, Thüringen als jungen Medienstandort mit den besonderen Nischen der Kinder- und Jugendmedien herauszuarbeiten. Letztlich ist als Vision der **Medien-campus Thüringen** anzustreben, bei dem sich sämtliche Kreativen der Bereiche Medien, Internet, Agenturen, Hochschulen und Softwareentwicklung wiederfinden können.
12. Wir werden die Novellierung des **Thüringer Landesmediengesetzes** parlamentarisch begleiten. Mit dieser Novelle soll die Gesetzeslage an die neuen Medien und technischen Entwicklungen angepasst werden.
13. Mit dem 16. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, dessen Verhandlungen im Laufe des Jahres beginnen, soll das **Medienkonzentrationsrecht** novelliert werden. Wir werden den Prozess kritisch begleiten und uns für die Sicherung der Meinungsvielfalt und Qualität im Zeitalter der Digitalisierung einsetzen.

Vorhaben 2012- AK Haushalt und Finanzen

1. Wir wollen die Aufnahme eines **Neuverschuldungsverbots** analog der Regelungen in der Thüringer Landeshaushaltsordnung in die Thüringer Verfassung weiterverfolgen. Angesichts eines Schuldenberges von knapp über 16 Mrd.€ und der weiteren Absenkung von Solidarpakt- und EU-Mitteln ist vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung eine weitere Neuverschuldung nicht mehr länger zu rechtfertigen.
2. Im Landeshaushalt 2013/14 werden wir den **Konsolidierungskurs fortsetzen**. Ausgangsbasis stellt der Mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 dar. Danach ergibt sich unter Berücksichtigung der notwendigen Schuldentilgung gem. § 18 Abs. 3 ThürLHO bereits für 2013 ein Konsolidierungsbedarf von rund 200 Mio. EUR bzw. 230 Mio. EUR für 2014. Hierzu bedarf es eines Bündels aufeinander abgestimmter Maßnahmen, bei denen es keine Tabus geben darf.
3. Parallel hierzu erwarten wir Vorschläge der Landesregierung für ein **Personalentwicklungskonzept**, dem eine bessere Planbarkeit der Personalentwicklung in allen Mitarbeiterebenen der Landesverwaltung zugrunde liegen sollte. Wir wollen, dass der beschlossene Stellenabbau konsequent fortgeführt wird. Ziel ist es, die Anzahl der Landesbediensteten an die demographische Entwicklung anzupassen. Bis 2020 soll das Verhältnis von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Bevölkerung an das der Flächenländer West mit der Zielgröße von 40.000 Stellen erreicht werden. Jedoch sollten Einsparungen bei den Personalkosten unseres Erachtens nicht nur durch den Personalabbau realisiert werden. Bei Spitzengehältern in der Verwaltung ist eine neue Eingruppierung für uns denkbar. So könnten die Stellen der Abteilungs-

leiter in den Ministerien zukünftig mit B 5 statt B 6 bewertet werden. Zudem bitten wir die Landesregierung eine Flexibilisierung der Beamtenbesoldung zu prüfen, die statt Beförderungen befristete Leistungszulagen für die Wahrnehmung hervorgehobener Tätigkeiten ermöglicht.

4. Hiervon unabhängig bedarf es weiterer **Gesetzes- und Standardänderungen** in den verschiedensten Politikbereichen, für die wir gemeinsam mit der kommunalen Ebene weitere Vorschläge erarbeiten wollen. Wir wissen, dass dieser Weg nicht einfach wird, werden ihn aber zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats vorantreiben. Wir werden die mit unserem Entschließungsantrag zum Landeshaushalt 2012 (Drs. 5/3706; Beschluss: 5/3799) auf den Weg gebrachte **Überprüfung von Aufgaben und Standards** entschlossen vorantreiben, um damit weitere Einsparpotentiale zu erschließen. In diesem Zusammenhang fordern wir von der Landesregierung künftig eine umfassendere Gesetzesfolgenabschätzung, in der finanzielle Auswirkungen für das Land und die Kommunen dargelegt werden.

5. Wir wollen eine **Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs**. Mit der Novellierung des KFA soll, das derzeitige komplizierte und streitanfällige System transparenter gestaltet werden. Im Zuge dieser Änderungen wollen wir eine **Finanzgarantie für die Thüringer Kommunen** anbieten, die eine verlässliche und dauerhafte Mindestausstattung festschreibt und zugleich den rechtlichen Anforderungen des Thüringer Verfassungsgerichtshofs gerecht wird. Wir lassen uns dabei von der im Dezember vorgestellten „Finanzgarantie 2013-2020“ leiten. Wir schlagen vor, dass das Land auf eine Verrechnung künftiger kommunaler Steuermehreinnahmen verzichtet.

6. Das übliche **Entlastungsverfahren** für das Haushaltsjahr 2009 werden wir zügig in den Gremien des Landtags durchführen.

Vorhaben 2012 - Arbeitskreis Innen

1. Die Kommunen sollen ihre **Interkommunale Zusammenarbeit** zukünftig einfacher gestalten können. Deshalb wollen wir das **Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit** überarbeiten. Ein verbessertes Beratungsangebot durch das Land, die Begleitung und Unterstützung von Modellprojekten sowie die Vereinfachung bei der Zusammenarbeit mit Privaten sollen in diesem Zusammenhang erwogen werden. Hierzu wird im Februar 2012 ein Fraktions-Forum stattfinden.
2. 2012 wird der Landtag weitere, bis vergangenen November beantragte neue Landgemeinden und Gemeindefusionen beschließen. Die Maßstäbe für alle zukünftig darüber hinaus beantragten oder erforderlichen **Gemeindezusammenschlüsse** bilden die Thüringer Kommunalordnung und die Entschließung der Koalitionsfraktionen zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen in Thüringen (Drs. 5/3640; Beschluss: 5/3798).
3. Wir wollen ein harmonisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Daher liegt uns die **Integration** jener, die nicht aus Thüringen stammen, aber dauerhaft hier

leben wollen, am Herzen. 2012 wollen mit der Landesregierung die Bedingungen für eine gelingende Integration verbessern, vor allem im Bereich des Kindergarten- und Schulwesens sowie in der Wirtschaft. Wir fordern von der Landesregierung daher eine zügige Vereinfachung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüsse.

4. Eine wesentliche Stütze des demokratischen und rechtsstaatlichen Freistaates sind die Beamten im öffentlichen Dienst. Deshalb werden wir uns 2012 im Rahmen der **Dienstrechtsreform** für ein modernes und innovatives Beamtenrecht einsetzen. Wichtig sind uns eine hohe Motivation der Beamten sowie die Chance, geeignete Nachwuchskräfte durch hohe Flexibilität und klare Zugangsregelungen gewinnen zu können.
5. Die Überprüfung der Verwaltungsstrukturen des Landes muss durch einen forcierten Personalabbau begleitet werden. Wir werden daher Vorschläge für ein **Landesorganisationsgesetz** erarbeiten, dem eine schlanke, dreistufige Verwaltungsstruktur zugrunde liegt. Diese werden wir auch in den Beirat der Stabsstelle bei der Thüringer Staatskanzlei einbringen.
6. Neben der Begleitung der Umsetzung der **Polizeistrukturereform**, durch die mehr Vollzugsbeamte ihren Dienst „auf der Straße“ verrichten sollen, wollen wir in 2012 das Polizeiaufgabengesetz überprüfen und gegebenenfalls novellieren, damit unsere Polizisten auch in Zukunft rechtssicher handeln können. Auch wollen wir die baulichen Maßnahmen der Thüringer Polizei aktiv begleiten.
7. Wir wollen das **Verfassungsschutzgesetz** überarbeiten, um den parlamentarischen Kontrollgremien einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen. Die Neuregelung soll sich an der Neugestaltung der parlamentarischen Kontrollrechte im Deutschen Bundestag orientieren. Neben der Einsetzung eines Sachverständigen durch die Parlamentarische Kontrollkommission soll deren Befragungsrecht gegenüber aktiven und ehemaligen Mitarbeitern von Behörden und Ministerien ausgebaut werden. Durch eine Änderung des § 19 Abs. 1 ThürVSG soll das Landesamt für Verfassungsschutz zu unverzüglichen Informationen bei Vorgängen von besonderer Bedeutung verpflichtet werden.
8. Wir wollen eine bessere **Vernetzung der Sicherheitsbehörden** sowohl innerhalb Thüringens als auch länderübergreifend und unter Einbeziehung der Bundesbehörden. Die aktuellen Vorfälle rund um die rechtsextreme sog. „Zwickauer Zelle“ untermauern die dringende Notwendigkeit einer besseren Vernetzung und Zusammenarbeit. Insbesondere werden wir weiter darauf dringen, dass die rassistisch motivierten Morde und weitere Gewaltverbrechen umfassend aufgeklärt werden. Zudem muss die Wirksamkeit von Programmen und Initiativen für Demokratie und Toleranz evaluiert werden.
9. Wir werden Vorschläge zur Überarbeitung des **Landeswahlgesetzes** erarbeiten, um notwendige Veränderungen bei untermaßigen Wahlkreisen umzusetzen sowie Klarstellungen und Erleichterungen in das Gesetz aufzunehmen. Dabei soll auch eine Regelung zur Information der Öffentlichkeit über das Internet in das Gesetz aufgenommen werden.

Vorhaben 2012- AK Bau, Landesentwicklung und Verkehr

1. Im Jahr 2012 werden sich die demographischen Veränderungen weiter deutlich zeigen. Auf der Grundlage des Demographieberichts der Landesregierung (Teil 2) werden wir Konzepte erarbeiten, die insbesondere den demographischen Herausforderungen des **ländlichen Raums** Rechnung tragen. Die Projekte der Serviceagentur Demografischer Wandel werden wir engagiert begleiten.
2. Nach der Vorlage des überarbeiteten Entwurfes zum **Landesentwicklungsprogramm 2025** (LEP) wollen wir an der weiteren Ausgestaltung des LEP arbeiten. Das LEP 2025 setzt wichtige Leitplanken für den Ausbau erneuerbarer Energien sowie den demographischen und energetischen Wandel. Bei der Weiterentwicklung des „Zentralen-Orte-Systems“ im Entwurf zum LEP achten wir auf die Stärkung der Grundzentren und setzen uns dafür ein, mehr Grundzentren als bisher vorgesehen, zu erhalten.
3. Die **Novellierung des Landesplanungsgesetzes** soll das Gesetz an das Bundesrecht anpassen. Die wichtige Rolle der Regionalen Planungsgemeinschaften soll dabei berücksichtigt werden.
4. Das Thema **Energieeffizienz** muss bürgernah und mit Blick auf den erreichten Sanierungsstand vorangetrieben werden. Wir begleiten die Initiative „Energetischer Stadtumbau 2025“ engagiert.
5. Die **Novellierung der Thüringer Bauordnung** soll durch uns begleitet werden und den zukünftigen Anforderungen im Bereich Bau entsprechen. Durch eine bürgerfreundliche Bauordnung wird ein Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.
6. Während in einigen Regionen Thüringens ein deutliches Überangebot an Wohnraum besteht, herrscht aufgrund von Zuzug in anderen Bereichen (besonders Städte wie Jena, Weimar) Wohnungsmangel. Auf der Grundlage des Wohnungsmarkberichts der Landesregierung wollen wir regionale Konzepte für die **Entwicklung des Thüringer Wohnungsmarktes** entwickeln.
7. In diesem Jahr soll die Entwicklung eines **Thüringer Wohnraumförderungsgesetzes** weiter vorangetrieben und abgeschlossen werden. Bei der Erarbeitung des Gesetzes wollen wir darauf hinwirken, dass Förderinstrumente für Investitionen in den energetischen Umbau weiterentwickelt werden.
8. Nach den Veränderungen um den Erfurter Flughafen, ist die Sicherung der Zukunftsfähigkeit für uns von erheblicher Bedeutung. Auf der Grundlage der **Studie zur Zukunft des Verkehrsflughafens Erfurt-Weimar** wollen wir aktiv Einfluss auf die Erarbeitung tragfähiger Zukunftskonzepte nehmen.
9. Mit **Änderung von Rechtsvorschriften im Vermessungs- und Geoinformationswesen** wird die von uns angekündigte und verfolgte Absicht der Entbürokratisierung umgesetzt. Die Bürger werden durch den geplanten Wegfall der Einmessungspflicht bei Gebäuden entlastet.

10. Wir wollen dafür sorgen, dass die spezifischen **Mobilitätsbedürfnisse** des **ländlichen Raums** bei der Erarbeitung des Thüringer Nahverkehrsplans Berücksichtigung finden. Gemeinsam mit der Landesregierung wollen wir in einem Forum alle damit zusammenhängenden Probleme erläutern und nach Lösungsansätzen suchen.
11. Mit den von uns durchgesetzten zusätzlichen Zuweisungen aus den Steuermehereinnahmen für ein **kommunales Infrastrukturpaket** wird es ermöglicht, dass sowohl in Landesstraßen als auch in die kommunale Infrastruktur wieder deutlich investiert werden kann.

Vorhaben 2012- AK Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

1. Die **Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes** ist eine zentrale Querschnittsaufgabe, die wir unter dem Leitbild „Zukunft ländlicher Raum“ bearbeiten wollen. Die **Dorferneuerung, die Akademie ländlicher Raum** und **LEADER** sind Kernelemente bei der Entwicklung des ländlichen Raumes. Veränderte Rahmenbedingungen – sinkende EU-Förderung und der demografische Wandel auf dem Land – erfordern eine Neuausrichtung der Dorferneuerung von einem sanierenden und eher statischen Ansatz hin zu einer regional abgestimmten Dorfentwicklung.
2. Die **Gemeinsame Agrarpolitik** nach 2013 ist mitentscheidend für die Zukunft der Thüringer Landwirtschaft und den ländlichen Raum Thüringens. In ihrem Interesse wollen wir uns weiter offensiv in die Weichenstellungen zur GAP einbringen, insbesondere auch im Hinblick auf eine Reduzierung der bürokratischen Lasten.
3. Den Ausbau erneuerbarer Energien werden wir genauso konsequent weiter verfolgen, wie die Suche nach Lösungen zur Energiespeicherung. Dabei werden wir uns für die Bewahrung der Identität unserer Kulturlandschaft mit Ihrem Erholungswert einsetzen, wie auch andere Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes nicht aus den Augen verlieren. Die Energiewende wollen wir insbesondere dezentral zum Nutzen des ländlichen Raumes und zur dortigen Wertschöpfung ausgestalten. Beispielsweise wollen wir den Ausbau der **Bioenergiedörfer und –Regionen** forcieren und bitten die Landesregierung, dafür die nötigen Fördermittel zur Verfügung zu stellen.
4. Wir wollen das Thüringer **Naturschutzgesetz** novellieren und dabei besonders darauf achten, dass für Bürger, Kommunen und Landesbehörden keine neuen Standards mit Kostenrelevanz geschaffen, bestehende überprüft und ggf. abgebaut werden. Auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt richten wir unser Augenmerk und erwarten eine umfassende Umsetzung der Ende 2011 vorgestellten Thüringer Biodiversitätsstrategie.
5. Wir wollen die Themen „**Gesunde Ernährung** mit nachhaltig und regional erzeugten Produkten“ und „**Verbraucherbildung zur Förderung von Verbraucherkompetenz an Schulen**“ voranbringen. Auf die regionale und gentechnikfreie Erzeugung der Produkte legen wir dabei besonderen Wert.
6. Wir begleiten weiterhin kritisch die Bemühungen von K+S, die **Wasserqualität an Werra und Weser** dauerhaft zu verbessern. Wir sehen im Bau einer Nordseepipe-

line einen entscheidenden Baustein in dem Gesamtentsorgungskonzept und werden dies mit Nachdruck vertreten.

7. Im Rahmen der **Flächenhaushaltspolitik** wollen wir weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs ergreifen und forcieren. Dazu soll ein Aktionsplan „Nachhaltige Flächenpolitik“ erarbeitet werden. Für die Kompensationsmaßnahmen im Zuge der großen Energieprojekte suchen wir nach innovativen Kompensationsmöglichkeiten, die direkt der jeweils betroffenen Region zu Gute kommen müssen.
8. Die Reform der **Forstverwaltung** ist auf einem guten Weg. Wir werden uns konstruktiv in die Umsetzung der Reform einbringen, um auch zukünftig ein Gemeinschaftsforstamt zu gewährleisten, dass dem Privat- und Kommunalwald partnerschaftlich zur Seite steht.
9. Der Rohstoff Holz ist eine wichtige und nachhaltig verfügbare regionale Ressource. Es nutzt dem Klima, ist ein optimaler Baustoff der Zukunft und schafft Wertschöpfung vor Ort. Die Forstwirtschaft ist damit eine unverzichtbare Stütze des ländlichen Raums. Wir wollen die Weiterentwicklung des PPP-Projektes „Privatwaldförderung“ im Freistaat Thüringen in Angriff nehmen und intelligente **Konzepte der Holzmobilisierung** erarbeiten. Eines der größten Potentiale zur Holzbereitstellung befindet sich im Privatwald. Wir wollen deshalb die Betreuung der Klein- und Kleinstprivatwaldbesitzer fortentwickeln und den Zusammenschluss von Waldbesitzern in forstwirtschaftlichen Vereinigungen noch attraktiver gestalten.
10. Die Vergrößerung der Kern- und Pflegezone des Biosphärenreservates Rhön und die Weiterentwicklung des Biosphärenreservates Vessertal sind zentrale Vorhaben bei der Sicherung und Entwicklung der **Nationalen Naturlandschaften**. Die in 2011 gestarteten moderierten Diskussionsprozesse sollen zielgerichtet fortgesetzt bzw. abgeschlossen werden.
11. Mit der Landesanstalt für Landwirtschaft (TLL), der „Bioenergieberatung Thüringen“ (BIOBETH), dem Zentrum für Nachwachsende Rohstoffe Jena (TZNR) und den landwirtschaftlichen Versuchsstationen verfügt Thüringen über leistungsfähige Einrichtungen bei der angewandten **Forschung im Bereich der Landwirtschaft und Bioenergie**. Mit einer parlamentarischen Initiative wollen wir das Aufgabenspektrum dieser Kompetenzzentren beleuchten und Handlungsoptionen für die weitere Stärkung der praxisnahen Forschung ableiten.
12. Im November 2011 hat die CDU-Fraktion ein Positionspapier unter dem Titel „Belastungen reduzieren und strecken: Ansatzpunkte für eine umweltgerechte, wirtschaftliche und bezahlbare **Abwasserentsorgung** in Thüringen“ mit konkreten Maßnahmen und Handlungsoptionen vorgelegt. Wir erwarten nun von der Landesregierung, die notwendigen Schritte zur Umsetzung einzuleiten und wollen diesen Prozess eng begleiten.

1. Wir setzen uns **bei der Energiewende für Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit** ein. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien müssen die grundlastfähigen Technologien gestärkt werden. Es gilt, aus dem Potenzialatlas der Landesregierung die richtigen Schlüsse zu ziehen und einen Ausbaupfad zu definieren, der die Energiekosten für Unternehmer und Verbraucher bezahlbar hält. Zugleich müssen die **Höchstspannungsnetze** in Deutschland beschleunigt ausgebaut werden. Hierfür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
2. Einen weiteren Schwerpunkt wird die CDU-Fraktion auf gute Rahmenbedingungen für den **Ausbau der Elektromobilität** legen. Konzepte zum Ausbau der Elektromobilität müssen dabei vor allem ihre Einsatzmöglichkeiten im ländlichen Raum und seine spezifischen Bedürfnisse berücksichtigen.
3. Die positive wirtschaftliche Entwicklung Thüringens hat sich auch in 2011 fortgesetzt. Dies ist das Ergebnis einer nachhaltigen, langjährigen, konservativen Wirtschaftspolitik. Die Kleinteiligkeit der Thüringer Wirtschaft hat sich während und auch nach der Krise positiv auf die Entwicklung ausgewirkt. Deshalb bleibt auch für 2012 die **Förderung und Stärkung der KMU** zentrales Anliegen des Arbeitskreises.
4. **Guter Lohn für gute Arbeit.** Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung muss spürbar bei den Arbeitnehmern ankommen. Daher ist es unser Anliegen, die **Lohnunterschiede zwischen Ost und West zu beenden**. Über 20 Jahre nach der Deutschen Einheit und im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, sind solche Unterschiede nicht anhaltend zu rechtfertigen. Wir wollen eine allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze, die durch die Tarifpartner festgelegt wird und sich für ganz Deutschland in der Höhe am Entgelt für die Zeitarbeit West orientiert.
5. Die Veränderungen der GRW Richtlinie haben im Verlauf des Jahres 2011 für eine deutliche Verunsicherung bei den Unternehmern des Freistaates geführt. Förderpolitik muss aber verlässlich, nachvollziehbar und orientiert an wirtschaftlicher Entwicklung sein. Wir werden uns daher für eine **Neuausrichtung der Förderpolitik** einsetzen, die gerade auf die vorhandene Struktur der Thüringer Wirtschaft ausgerichtet ist und die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze und die nachhaltige Steigerung von Produktivität in den Mittelpunkt setzt.
6. Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt zeigen deutlich den Einfluss des demographischen Wandels. Der Fachkräftebedarf steigt und hat sich bereits in einigen Branchen zu einem Fachkräftemangel entwickelt. Wir setzen uns daher dafür ein, die **Chancen älterer Arbeitnehmer zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gezielt** zu steigern.
7. Immer wichtiger wird für den Arbeitsmarkt die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Berufstätigkeit und Familie muss bei einem Vorhandensein von vielen unterschiedlichen Familienmodellen gewährleistet sein. Hierin liegt auch die Chance für die Steigerung von Attraktivität des Thüringer Arbeitsmarktes. Wir werden uns daher für ein Programm zu „Vereinbarkeit für Familie und Beruf in Thüringen“ einsetzen.
8. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte **Bildungsfreistellungsgesetz** darf nur im engen Schulterschluss im Einvernehmen mit den Kammern und Verbänden der Thü-

ringer Wirtschaft entwickelt werden, die ein natürliches Interesse an der Qualifizierung ihrer Mitarbeiter haben aber auch ihre betrieblichen Möglichkeiten berücksichtigt sehen wollen.

9. In enger Abstimmung mit dem Bereich Bildung muss die **Berufschulnetzplanung** in den Blickpunkt genommen werden. Die demographische und wirtschaftliche Entwicklung machen eine Neuausrichtung notwendig. Dabei ist eine enge Abstimmung mit den Regionen, Kammern und Verbänden notwendig.
10. Die Chance für Unternehmen qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten, wird für die Unternehmensentwicklung immer wichtiger. Ein Projekt zur **Mitarbeiterbeteiligung** soll dies unterstützen und entsprechende Möglichkeiten aufzeigen.
11. Bei der Novelle des Gesetzes über die Anerkennung von **Kur- und Erholungsorten** werden wir darauf achten, dass den touristischen Belangen der Kommunen besser Rechnung getragen wird.
12. Vor dem Einsatz von Landes- und Bundesmitteln für **kommunale Multifunktionsanlagen** erwarten wir die Beantwortung aller offenen Fragen. Neben einer verbindlichen Erklärung des Bundes zur unschädlichen Mittelverwendung halten wir eine gesonderte Tragfähigkeitsprüfung durch den Thüringer Rechnungshof für erforderlich. Beides setzt die Vorlage substantiierter Betreiberkonzepte für jedes Vorhaben voraus, die von der zuständigen Kommunalaufsicht hinsichtlich der dauerhaften Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommune zur Betriebsführung hinreichend geprüft werden müssen.

Vorhaben 2012 – AK Gleichstellung

1. Wir werden uns auch in diesem Jahr am Aktionstag „**Girls' Day - Mädchen Zukunftstag**“ beteiligen. Ergänzend unterstützen wir die Bemühungen, im Rahmen dieses Tages, wie bereits im vergangenen Jahr praktiziert, **Jungen Angebote in sozialen Berufen** zu unterbreiten, um das Interesse an diesen Berufen zu wecken, als Gegenstück zu den Angeboten für Mädchen in den sog. MINT Berufen.
2. Außerdem wollen wir der **Situation von Jungen** in der Kindertagesstätte und der Schule besondere Aufmerksamkeit widmen und uns für mehr männliches Personal in Kindertagesstätten und Grundschulen einsetzen.
3. Im Frühjahr 2012 werden wir die Novelle des **Thüringer Gleichstellungsgesetzes** intensiv im Thüringer Landtag diskutieren. Eine bessere Durchsetzbarkeit der gesetzlichen Vorgaben ist uns dabei ebenso wichtig, wie das Ziel einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen. Wir achten aber gleichermaßen darauf, dass keine neuen Standards der Aufgabenerfüllung bei Land und Kommunen, die mit finanziellem Mehraufwand einhergehen, gesetzt werden.
4. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die in der **DDR geschiedenen Frauen** im Rentenrecht nicht mehr benachteiligt werden und einen gerechten Versorgungsausgleich bekommen.

5. Das **Projekt „Frauen machen Neue Länder“** des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer aufgreifend, werden wir uns ausführlich Initiativen von Frauen insbesondere im ländlichen Raum widmen.
6. Der Arbeitskreis unterstützt Aktionen zum **„Equal Pay Day“** am 23. März 2012, der sich dem Schwerpunktthema „Lohnfindung“ widmen wird.

Vorhaben 2012 – AK Bildung, Wissenschaft und Kultur

1. Wir wollen das **Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz** (ThürKitaG) evaluieren und auf notwendige Standardsenkungen hin überprüfen. Insbesondere mit Blick auf die räumliche Ausstattung der Kindertagesstätten wollen wir die Übergangsfrist bis zum 1. August 2016 verlängern. Die Aufstellung der in § 17 ThürKitaG geforderten Bedarfsplanung soll auf zwei Jahre gestreckt werden.
2. Wir plädieren für den Erhalt von Förderzentren mit Schulteilen in Thüringen. Zum **Gemeinsamen Unterricht** von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf und Entwicklungsmöglichkeiten für Förderzentren wollen wir den angefangenen Dialog mit allen Beteiligten intensivieren und dazu die Anhörung zu unserem Plenarantrag im Landtag nutzen.
3. Wir wollen jungen Lehrern in Thüringen eine Perspektive bieten und fordern daher im Jahr 2012 mindestens **300 Lehrer und Erzieher** entsprechend des schulart- und fachspezifischen Bedarf einzustellen und diesen Korridor in den nächsten Jahren auf 500 Einstellungen pro Jahr zu erhöhen. Insbesondere in Unterrichtsfächern mit sich abzeichnendem Lehrerberauf soll daher den Thüringer Referendaren ein Angebot gemacht werden. Anhand der Bedarfsprognose sollen mit den Thüringer Hochschulen Maßnahmen abgestimmt werden, die die Ausbildungskapazitäten auf den prognostizierten Bedarf ausrichten. Um Wartezeiten zwischen der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung zu minimieren, sind die Plätze und Ausbildungskapazitäten für Referendare ebenso dem Bedarf anzupassen.
4. Schüler, Eltern und Wirtschaft erwarten eine bessere Vergleichbarkeit von Bildungswegen und Abschlüssen in einem leistungsorientierten Bildungssystem. Deshalb setzen wir uns für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen über nationale Bildungsstandards und deren Umsetzung in den Schulen ein. Ziel ist ein **Deutschlandabitur**, das sich in spätestens fünf Jahren an deutschlandweit einheitlichen Prüfungsanforderungen orientiert.
5. Wir wollen die Schulen, die sich auf den Weg zur Weiterentwicklung hin zu **Oberschulen** machen, begleiten und unterstützen. Wir fordern vom TMBWK eine unbürokratische Anerkennung des Qualitätssiegels „Oberschule“. Auf Bundesebene werden wir weiter für die Dachmarke Oberschule werben.
6. Das Kultusministerium hat mit der Schulgesetznovelle größeren Einfluss auf die Netzplanung für die berufsbildenden Schulen erhalten. Damit sehen wir auch die Verpflichtung verknüpft, verlässliche und verbindliche Grundlagen für diese Planung bereitzustellen. Landkreise und kreisfreien Städte müssen in die Lage versetzt

werden, ihr **Berufsschulnetz** zuverlässig und zukunftsfest planen zu können, dazu bedarf es langfristigen Abstimmungen der Landesregierung mit den Bildungsregionen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in ländlichen Regionen Standorte erhalten bleiben.

7. Thüringen braucht ein Leitbild für die Hochschulpolitik, deshalb drängen wir auf die zügige Vorlage einer **Hochschulentwicklungsplanung**, wie sie im Thüringer Hochschulgesetz als Grundlage für die Zukunft der Hochschullandschaft vorgeschrieben ist. Dazu werden wir eine Expertenanhörung im AfBWK durchführen.
8. Wir wollen die Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärken und so den **Forschungstransfer** in die Wirtschaft unterstützen.
9. Das **Thüringer Studentenwerkgesetz** wollen wir mit dem Ziel novellieren, die Aktivitäten des Studentenwerks für attraktive Studienbedingungen in Thüringen zu unterstützen und die Marketingaktivitäten in diesem Bereich zu erhöhen, damit möglichst viele junge Menschen ein Studium in Thüringen aufnehmen.
10. Im Dialog mit den Kulturschaffenden des Freistaats Thüringen wollen wir, ausgehend vom Leitbild „Kulturland Thüringen“, die Weiterentwicklung des **Kulturkonzepts** des Freistaats begleiten.